Schlesische Zeitung

Nr. 548 Abendblatt Dienstag, 21. November 1922 Verlag von Wilh. Gottl. Korn Einzelpreis 5 Mk.

Ein Geschäftsministerium Cuno.

✱ Nachdem die Bildung eines neuen Reichskabinetts auf der Grundlage der sogenannten großen Koalition an dem beharrlichen Widerstande der Sozialdemokratie gescheitert ist, hat, wie ein Montag nacht ausgegebenes Wolfftelegramm mitteilt, der Reichspräsident am Montag nachmittag den Generaldirektor Cuno erneut mit der Aufstellung der neuen Ministerliste beauftragt. Cuno hat den Auftrag angenommen, und in der Absicht, ein Geschäftsministerium zu bilden, noch im Laufe der Nacht mit ihm geeignet erscheinenden Persönlichkeiten verhandelt. Das endgültige Ergebnis dieser Verhandlungen lag bis Dienstag mittag noch nicht vor.

Berliner Blätter veröffentlichen allerdings bereits Ministerlisten, die jedoch mehr oder weniger auf Kombinationen beruhen. In diesen Listen finden sich folgende Namen: Reichskanzler Dr. Cuno; Reichsminister des Äußeren Dr. Sthamer, bisheriger Botschafter in London; Reichsminister des Innern Oberpräsident Dr. Schwander; genannt werden auch der volksparteiliche Abg. von Kardorff und der Volksparteiler Scholz, früher Oberbürgermeister von Charlottenburg; Reichsfinanzminister Dr. Hermes; Reichswehrminister Dr. Geßler; Reichsarbeitsminister Dr. Brauns; Reichsjustizminister Heinze; Reichspostminister Staatssekretär Stingl, der Leiter der bayerischen Abteilung des Reichspostministeriums; Reichseisenbahnminister Gröner; Reichswirtschaftsminister Dr. Sorge, der geschäftsführende Vorsitzende des Reichsverbandes der deutschen Industrie; Reichsernährungsminister Dr. Heim; Reichsschatzminister Henrich, Direktor der Deutschen Werke. Einige Blätter sprechen von einer beabsichtigten Zusammenlegung des Reichsschatzministeriums mit dem Reichswirtschaftsministerium. Zum Staatssekretär und Chef der Reichskanzlei soll der frühere bayerische Handelsminister Dr. Hamm ernannt werden. Das Wiederaufbauministerium soll angeblich der wirtschaftspolitischen Abteilung des Auswärtigen Amtes angegliedert werden. Dem Kabinett Wirth haben von den hier genannten Persönlichkeiten die Minister Hermes und Brauns von der Zentrumspartei und Geßler von den Demokraten angeführt. Dr. Heinze und Sorge gehören der Deutschen Volkspartei an und Dr. Hamm der Bayerischen Volkspartei. Oberpräsident Schwander ist Demokrat. Als politisch farblos gelten Dr. Sthamer, Staatssekretär Stingl und Direktor Henrich, wogegen Gröner den Demokraten zugezählt wird. Die Besetzung der Ministerien für Äußeres, für Wirtschaft und für Ernährung gilt als noch nicht feststehend.

Die Haltung der Parteien gegenüber dem neuen Kabinette ist noch nicht sicher. Die sozialdemokratische Fraktion hat, wie schon erwähnt, am Montag nach dreistündiger Debatte ausdrücklich die ablehnende Haltung ihrer Unterhändler gebilligt. Das Zentrum hat in seiner Fraktionssitzung am Montag abend festgestellt, daß bei der Neubildung der Regierung keine Koalition bestehe, daß es also parteimäßig in dieser Frage nicht gebunden sei, sondern freie Hand behalte. Die Demokraten und die Deutsche Volkspartei haben in ihren Fraktionssitzungen beschlossen, dem neuen Kabinette wohlwollend gegenüberzustehen und es zu stützen. Auch die Deutschnationalen traten am Montag zu einer Fraktionssitzung zusammen. Es verlautet, daß sie dem neuen Kabinette nicht ablehnend gegenüberstehen werden.

Wie es heißt, will Dr. Cuno am Donnerstag dem Reichstage die neue Regierung vorstellen und eine programmatische Erklärung abgeben.

Ein gescheiterter Plan?

Französische Blätter hatten, wie wir kürzlich berichteten, Mitteilungen über ein angebliches Reparationsangebot der deutschen Industrie gebracht. Zu diesen Mitteilungen, die sich auch im „Daily Telegraph" fanden, schreibt nun „Journal des Debats" offenbar auf Veranlassung der Reparationskommission:

Den von gewissen Blättern verbreiteten Gerüchten, die deutschen Industriellen hätten den Plan in Erwägung gezogen, für die endgültige Regelung der Reparationen und die Räumung des Rheinlands 20 Milliarden Goldmark zu zahlen, liegt ein bestimmtes Angebot nicht zugrunde. Die Reparationskommission weiß nichts darüber und ist mit nichts befaßt worden, aber es ist nicht unwahrscheinlich, daß dieser Plan in gewissen deutschen Industriekreisen, die seit einiger Zeit davon sprechen, behandelt wurde.

Auch Staatssekretär Bergmann, von dem gesagt war, daß er die Vermittelung des Angebots übernommen hätte, hat den Pariser Vertreter des Wolffschen Telegraphenbüros beauftragt, die Nachricht des „Daily Telegraph" zu dementieren.

Parteitag der Bayerischen Mittelpartei.

Am 18. und 19. November fand in Nürnberg ein außerordentlicher Parteitag der Bayerischen Mittelpartei (Deutschnationale Volkspartei in Bayern) statt. Es sprachen der Parteivorsitzende Abg. Dr. Helpert gegen die Republik-Schutzgesetze, die Politisierung der Rechtspflege in Süddeutschland, für einen bayerischen Staatspräsidenten und für das Zweikammersystem. Der bayerische Justizminister Dr. Gürtner wandte sich gegen alle Bestrebungen zur Politisierung des Rechtslebens, gegen die Besetzung der Richterstellen nach parteipolitischen Gesichtspunkten, und forderte eine starke Staatsgewalt und unabhängige Richter. Der Präsident des Reichswirtschaftsrates, Edler von Braun, führte aus: Die deutsche Wirtschaft werde der Regierung die Gefolgschaft versagen, wenn sie so wie bisher weiter arbeite. Sie dürfe sich nicht mehr gefallen lassen, daß man mit ihr Experimente mache. Die erste Bedingung zur Wiedergesundung unserer Wirtschaft sei die Hebung der landwirtschaftlichen Produktion, die eine Kreditfrage sei, da die Landwirtschaft ebenso wie die Industrie unter der Kreditnot leide. Der Reichstag müsse den Mut haben, das Erbe Erzbergers, das unsere Wirtschaft ruiniere, aus der Welt zu schaffen. Zu fordern sei eine Politik des wirtschaftlichen Wiederaufbaues, nicht aber die Ertötung der Privatwirtschaft. Im Sinne dieser drei Vorträge wurde eine Entschließung angenommen.

Die vertraulichen Besprechungen waren vorwiegend dem Falle Xylander gewidmet. Nach lebhafter und ausgedehnter Aussprache wurde als Ergebnis der Öffentlichkeit folgende Verlautbarung übergeben: „Auf dem Parteitag der Bayerischen Mittelpartei in Nürnberg wurden die Unstimmigkeiten aus Anlaß des Falles Xylander nach eingehender Behandlung und Anhörung beider Seiten durch einstimmige Annahme der Vorschläge eines vom Parteitage eingesetzten besonderen paritätischen Ausschusses beseitigt. Der Wille der Partei zur Geschlossenheit hat somit seinen Ausdruck in der Sammlung hinter der Parteileitung gefunden." Gegenüber dieser offiziösen Verlautbarung gibt v. Xylander in einer Gegenerklärung die endgültige Trennung seiner Anhänger von den Deutschnationalen und den Zusammenschluß mit den Deutschvölkischen zu einer Sondergruppe bekannt.

Die Konferenz von Lausanne.

✱ **Paris, 21. November. (Von unserem Sonderberichterstatter.)** Mussolini versucht, in Lausanne die Rolle fortzusetzen, die er mit so großem Erfolge heute in Italien spielt. Er ist der eigentliche Lenker der Geschicke der Konferenz, und seine beiden Mitunterredner, Poincaré und Lord Curzon, sind mit der Haltung des italienischen Ministerpräsidenten unzufrieden. Mussolini hielt einen langen Vortrag über die große Bedeutung, die Italien im Weltkriege und bei der Erringung des Endsieges eingenommen hat. Er fordert, daß Italien endlich für seine Opfer das entsprechende Entgelt erhalte. Dieses sieht er nicht nur in einer Erhöhung des italienischen Reparationsanteiles, der durch die Abmachungen von Boulogne sur mer mit 10 Proz. bemessen worden war, sondern auch in der Zuerkennung großer wirtschaftlicher Konzessionen in Kleinasien, wo Italien dieselbe Rolle spielen will wie Frankreich und England. Unbedingt besteht Mussolini darauf, daß der Dodekanes Italien zugesprochen werde. Mussolini erklärte sich bereit, falls seinen Forderungen entsprochen würde, einem Herzenswunsche Englands entgegenzukommen und militärische Unterstützung in reichstem Maße zu gewähren, falls solche gegenüber den widerspenstigen Türken angewendet werden müßte.

Von einer Einigung der Alliierten über alle schwebenden Punkte ist zur Stunde noch immer keine Rede. Die Beratungen werden heute den ganzen Tag fortgesetzt werden. Am Abend wollen Poincaré und Mussolini abreisen. Strengste Geheimhaltung aller Besprechungen, auch der Verhandlungen auf der eigentlichen Friedenskonferenz, wurde beschlossen. Man will sogar zu einer Zensurierung der Zeitungsdepeschen schreiten. Die Türken zeigen sich geradezu aufgeregt und erklären, daß sie nicht gesonnen sind, sich irgendwelche Beschlüsse diktieren zu lassen. Um die Türken nicht allzusehr zu erschrecken, wird man sie auffordern, heute zunächst einmal ihre eigenen Bedingungen der Konferenz darzulegen. Am Nachmittag wollen die Alliierten ihre Gegenvorschläge machen. Wie zwischen den beiden durchaus widerstrebenden Vorschlägen ein Einvernehmen geschaffen werden soll, werden die drei Kommissionen zu entscheiden haben, die berufen sind, die politischen, juristischen und finanziellen Fragen zu lösen. Am schwierigsten ist die Aufgabe der ersten Kommission, weil in deren Bereich auch die Lösung des territorialen Problems fällt. Hier ist die Zuweisung von Karagatsch noch immer unentschieden. Die Engländer versteifen sich darauf, diese Vorstadt von Adrianopel nicht an die Türkei fallen zu lassen. Wie aber die Türken unbedingt Karagatsch fordern, so verlangen sie auch eine Revision der Abmachungen der Alliierten bezüglich Syriens und Mesopotamiens und die Volksabstimmung in allen arabischen Ländern sowie in Westthrazien.

Die Stimmung in Lausanne ist wenig hoffnungsfreudig, insbesondere sind die Franzosen durch die gestrige Rede Ismet Paschas verstimmt, weil dieser die Wilsonschen Versprechungen vor dem Abschluß des Waffenstillstandes erwähnte. Die Franzosen erklären, daß Ismet Pascha sich einfach „deutsche Anschauungen" zu eigen gemacht habe.

London, 20. November. Die „Times" meldet aus Washington, einer Mitteilung des Weißen Hauses zufolge werden die amerikanischen Vertreter auf der Lausanner Konferenz für die Aufrechterhaltung der Kapitulationen, den Schutz philantropischer, erzieherischer und religiöser Einrichtungen angemessene Zusicherungen bezüglich der Freiheit kommerzieller Unternehmungen, geeignete Maßnahmen für den Schutz der Minderheiten, Zusicherungen betreffend die Freiheit der Meerengen, sowie für Entschädigung der von Amerikanern in der Türkei infolge ungesetzlicher Handlungen erlittenen Verlustes eintreten.

Paris, 21. November. Ismet Pascha hat dem Vertreter der Agence Havas in Lausanne folgende Erklärung abgegeben: „Wir können nicht glauben, daß die Türkei einem über ihren Kopf hinweg abgeschlossenen Übereinkommen gegenübergestellt werden soll. Wir sind nicht zur Konferenz nach Lausanne gekommen, um hier abgeurteilt zu werden, sondern um in aller Freiheit an der Aufstellung des Friedensvertrages mitzuarbeiten. Es wurde geschrieben, unsere Ansprüche seien in den letzten Tagen gewachsen. Das ist nicht richtig. Wir halten uns an unseren Nationalpakt, nicht mehr und nicht weniger, allerdings mit der Ausnahme, daß unser Pakt zeitlich vor den letzten Schrecken des Krieges liegt und wir deshalb eine gerechte Wiederherstellung der Schäden verlangen, die unserer Bevölkerung und unserem Eigentum zugefügt worden sind. Wir werden infolgedessen von Griechenland die Zahlung einer Kriegsentschädigung verlangen."

Internationale Arbeiterkonferenz.

✱ **Paris, 21. November. (Von unserem Sonderberichterstatter.)** Gestern begann hier eine Arbeiterkonferenz, die sich mit der Lage der auswärtigen Länder, die sich am Wiederaufbau beteiligen sollen, beschäftigte. Anwesend waren deutsche, französische, belgische, italienische, tschechische, ungarische, englische, holländische und luxemburgische Delegierte. Der Präsident der Konferenz ist der Deutsche Paeplow. Die Konferenz soll sich besonders mit der Frage beschäftigen, ob nicht durch Verwendung auswärtiger Arbeitskräfte in Frankreich eine Vermehrung der französischen Arbeitslosigkeit eintreten würde. Poeplow erstattete eingehenden Bericht über die Frage fremder Arbeitskräfte und betonte die Notwendigkeit, ein internationales Büro in Frankreich unter der Leitung von Franzosen zu organisieren. Dieses soll finanziell von allen interessierten Gewerkschaften unterstützt werden. Der Belgier schlug vor, daß dem Büro zwei bis drei Delegierte zugesellt werden, welche geläufig deutsch, italienisch und flämisch sprechen. Es kam zu einer vollen Übereinstimmung unter den Delegierten. Poeplow teilte mit, daß Deutschland eine Million Mark zur Verfügung der neuen Organisation stelle. Er erklärte, daß die deutschen Gewerkschaften an dem Wiederaufbau der zerstörten Gebiete mitzuarbeiten wünschten, aber nicht um der Arbeitslosigkeit in Deutschland abzuhelfen, sondern aus moralischen Gründen. Der Beschluß, ein internationales Büro in Frankreich zu schaffen, wurde angenommen. Es wird hauptsächlich Arbeitskräfte in allen Ländern anzuwerben haben.

Der Studentenstreik in Prag.

Über den wegen der Wahl des jüdischen Professors Dr. Steinherz zum Rektor der Prager deutschen Universität entstandenen Studentenstreik wird der „Köln. Ztg." aus Prag geschrieben: Professor Dr. Steinherz ist am Ausgang des vorigen Semesters von der philosophischen Fakultät der deutschen Universität zum Rektor vorgeschlagen und mit 13 gegen 7 Stimmen gewählt worden. Bisher war es Brauch, daß ein jüdischer Dozent, wenn er zum Rektor gewählt wurde, die Wahl dankend ablehnte, wofür er im alten Österreich zum Hofrat und in die fünfte Rangklasse befördert wurde. Selbst das österreichische Gesetz machte die Eignung zu einer akademischen Würde nicht vom Glaubensbekenntnis abhängig. Als Dr. Steinherz die Wahl zum Rektor annahm, verstimmte er dadurch einen großen Teil der Professoren und brachte die nationale Studentenschaft gegen sich auf. Den Keim zum jetzigen Konflikt muß man also einmal in dem ganz gewiß unwürdigen und verlogenen Brauch sehen, daß einer zu einem Ehrenamt gewählt wird, es aber nicht annehmen soll, dann in der Ungeschicklichkeit jener dreizehn Professoren, die angesichts der starken antisemitischen Strömung unter der deutschen Studentenschaft dennoch einen jüdischen Kollegen zum Rektor wählten und so den Konfliktfall schufen. Daß Professor Steinherz die auf ihn gefallene Wahl annahm und sein Ehrenamt verteidigt, macht einen besseren und würdigeren Eindruck als die Hoffnung der anderen auf die konventionelle Lüge, die man ihm zumutete. Der akademische Senat hat einen fünfgliedrigen Ausschuß eingesetzt, der die bisherigen Vorgänge prüfen und Vorschläge zur ruhigen Fortführung des Unterrichtsbetriebs machen soll; er beschloß überdies, die Vorlesungen und Übungen für wenige Tage auszusetzen, und forderte die Studierenden auf, sämtliche Universitätsräume freizugeben. Dieser Aufforderung sind die deutschnationalen Studenten am 16. November nachgekommen. Nachts hatten sich die Studenten an die Redaktionen tschechischer Blätter mit der Bitte um Abdruck eines Artikels gewandt, wobei sie erklärten, daß sie ihren Kampf „im Namen der Kultur" ebenso für das tschechische wie für das deutsche Volk führten, weil sie durch ihren Streik die Verjudung des einen wie des andern bekämpften. Sie fanden bei den Tschechen kein Verständnis und wurden höflich aber entschieden abgewiesen.

Die Flucht des Sultans.

Malta, 20. November. (Agence Havas.) Der Sultan ist incognito hier eingetroffen. Eine Ehrenbezeugung, wie sie sonst regierenden Fürstlichkeiten erwiesen wird, wurde vermieden. Während des Aufenthaltes auf der Insel wird der Sultan das Fort Tigne bewohnen, wo besondere Vorbereitungen für seinen Empfang getroffen sind.

w. **London, 20. November.** Die „Times" meldet aus Kairo, der König von Hedschas habe den Sultan eingeladen, seinen Wohnsitz in Mekka zu nehmen.

Verschiedene Mitteilungen.

§§ **Ein Gesetzentwurf über die schärfere Bekämpfung der Kapitalflucht** ist dem Reichstage zugegangen. Der Entwurf macht im allgemeinen die Überweisung von Zahlungen in das Ausland von der vorherigen Genehmigung des Finanzamtes abhängig. Außerdem soll die verschleierte Kapitalflucht durch Ausfuhr von Waren verhütet werden.

— **Die Tarifpolitik der Reichsbahn.** Der Reichsverkehrsminister hat den Mitgliedern des Reichstages eine Denkschrift über die Tarifpolitik der deutschen Reichsbahn zugehen lassen, die auch im Buchhandel käuflich ist. (Grünheft, Verlag Georg Stilke, Berlin.) Nach allgemeinen Ausführungen über die Tarifpolitik und Eisenbahnfinanzen wird rückblickend die Entwicklung der Gütertarife sowohl wie der Personentarife eingehend behandelt. Besonders wird zu den einzelnen Klagen, Vorwürfen und Wünschen unter Heranziehung ausgedehnten statistischen und wirtschaftlichen Materials kritisch Stellung genommen. Eine große Anzahl graphischer Darstellungen und Tabellen vervollständigt das Heft.

— **Kulturkampf in Braunschweig.** Der Bußtag ist in Braunschweig kein gesetzlicher Feiertag mehr. Der braunschweigische Unterrichtsminister hat daher eine Bestrafung aller Lehrer und Schüler angeordnet, die am Bußtag dem Schulunterricht fernbleiben. Das Reichsministerium des Innern hat darauf an das braunschweigische Ministerium ein Schreiben gerichtet, in dem es davor warnt, gegen Lehrer und Schüler vorzugehen, die in Erfüllung ihrer religiösen Pflichten der Schule fern bleiben.

— **Zu neuen Teuerungskundgebungen** ist es in Braunschweig gekommen, wo Montag abend ein größerer Trupp meist jüngerer kommunistischer Elemente vor Lebensmittel- und andere Geschäfte zog, offenbar in der Absicht, Gewalttätigkeiten zu begehen. In einem Lebensmittelgeschäft wurde nach Einschlagen der Schaufensterscheibe die Auslagen zum Teil geraubt. Durch schnelles Eingreifen der Polizei konnten größere Ausschreitungen verhindert werden.

h. **Eine Höhere Lehranstalt für praktische Landwirte** wird in Landsberg a. Warthe am 1. Februar 1923 eröffnet. Es handelt sich dabei um eine der sonst unter dem Namen „Landwirtschaftliches Seminar" bekannten Anstalten, welche sich in den letzten Jahren mehr und mehr eingebürgert haben. Sie haben einjährigen Kursus, den Abschluß des Lehrganges bildet eine Abschlußprüfung, nach deren Bestehen die Absolventen die Berechtigung erhalten, sich „staatlich geprüfte Landwirte" zu nennen.

✱ **Internationales Handelsschiedsgericht.** Vom Deutschen Industrie- und Handelstag geht uns folgende Mitteilung zu: Vor kurzem ging durch die deutsche Presse die Nachricht, daß die internationale Handelskammer in Paris Pläne für ein internationales Handelsschiedsgericht fertiggestellt habe. Es wird darauf aufmerksam gemacht, daß dieses Schiedsgericht für deutsche Kaufleute nicht in Frage kommen kann, da die deutschen Handelskammern der internationalen Handelskammerorganisation nicht angehören.

D. **Die kommende sechste deutsche Messe in Königsberg** findet vom 18. bis 28. Februar 1923 statt. Mit Ausnahme von landwirtschaftlichen Maschinen und Geräten, die den Hauptbestandteil der großen landwirtschaftlichen Ausstellung im Mai 1923 bilden werden, sind alle Warengruppen der letzten Herbstmesse auch an der kommenden Frühjahrsmesse beteiligt. Gegenüber der Frühjahrsmesse 1922 wird die Frühjahrsmesse 1923 eine beträchtliche Vergrößerung aufweisen.

Zeitgemäße Rechnung. Die Ärzte in dem bayerischen Städtchen Leisning sind übereingekommen, ihre Honorare nach dem Brotpreis zu berechnen. In ihren Wartezimmern hängen gedruckte Aushänge, die mitteilen, daß sie noch immer nach den Friedenspreisen von 1914 arbeiten wollen: ein Besuch 8 Mark, eine Beratung 2 Mark usw., aber die Teuerung zwinge sie, den Brotpreis zugrunde zu legen. Damals kostete ein Pfund Brot 15 Pfg., für 8 Mark bekam man 20 Pfund. Es wäre also für einen Besuch statt 8 Mark der jedesmalige Preis von 20 Pfund Brot zu entrichten.

— **Ein Bildersturm abgeschlagen.** Der Stadtrat von Regensburg lehnte mit 16 gegen 5 Stimmen die von den Sozialdemokraten beantragte Entfernung der monarchischen Bilder aus den städtischen Amtsräumen ab.

Wa. **Polnische Landtagswahlen.** Nach dem „Wiadomoszi Krakowskie" sind auf Grund angeblicher Wahlmißbräuche, die auf Veranlassung der Minderheiten vorgekommen sein sollen, die Wahlen in den Wojewodschaften Wolhynien und Nowogrodek als ungültig erklärt worden. (Weil dort der Minderheitenblock große Erfolge erzielt hat! — Die Red.)

Wa. **Antipolnische Stimmung in Ungarn.** Nach der „Rzeczpospolita" hat die antipolnische Stimmung in Ungarn in der letzten Zeit bedeutende Fortschritte gemacht. Das Blatt macht natürlich deutsche Intriguen dafür verantwortlich. Die Tatsache, daß Polen sich durch Bündnisse mit Rumänien und den Tschechen gegen die deutsche Macht zu schützen suche, zumal da das Interesse des polnischen Staates ein Zusammengehen mit diesen Staaten erfordere, werde in Ungarn als unverzeihlich betrachtet. Man erblicke dort in den Deutschen den Götzen und erwarte von ihrem Triumph die Rettung Ungarns; man vergesse dabei, daß Polen durch seine Annäherung an die Kleine Entente eher die Reibungen zwischen den Ungarn und den Tschechen und Rumänen mildern könne. (Auf diesen polnischen Schwindel werden die Madjaren schwerlich hereinfallen! — D. Red.)

Wa. **Warschau,** 17. November. Der Metropolit der unierten ukrainischen Kirche, Graf Szepticki, dem von den polnischen Behörden die Rückkehr nach Lemberg wegen staatsverräterischer Tätigkeit verboten wurde, weilt gegenwärtig in Amerika, wo er dagegen Stimmung zu machen sucht, daß Ostgalizien Polen zugeteilt werde.

Schlesien.

Ein neues Industrie-Revier

= Die beiden Nachbarkreise Rothenburg und Hoyerswerda haben sich in den letzten Jahrzehnten zu einem eigenen bedeutenden Industrierevier entwickelt, über dessen wichtigste Betriebe wir einem im „N. Görl. Anz." gegebenen Überblick folgendes entnehmen: Den Anfang bildete im Rothenburger Kreise die Errichtung von Glashütten in dem damaligen Heidedorf Weißwasser und daneben erstand Industrie in dem stillen Niesky, wo die Barackenfabrik von Christoph & Unmack bald internationalen Ruf erwarb, vor einigen Jahren auch den Waggonbau aufnahm und sich weiterhin die Maschinenfabrik A.-G. Christoph angliederte. Während des Krieges begann plötzlich in beiden Kreisen eine industrielle Hochkonjunktur, die sich zunächst in einem förmlichen Wettlauf nach dem Besitz von Braunkohlenfeldern äußerte, die in der näheren und weiteren Umgebung von Hoyerswerda entdeckt worden waren. Die in der Nachbarschaft der Niederlausitz dominierenden großen Braunkohlengesellschaften „Ilse" bei Senftenberg und „Eintracht" in Neu-Welzow O.-L. sicherten sich auch auf schlesischem Gebiet umfangreichen Besitz. Bei Schwarzkollm schuf die „Ilse" ihr mächtiges Braunkohlenwerk „Erika", einige Stunden weiter errichtete die „Eintracht" ihr großes Werk Werminghoff mit den modernsten Brikettanlagen, und dicht bei der „Erika", allerdings schon auf märkischem Gebiet, erstand das Großkraftwerk „Lauta". Im Rothenburger Kreise aber hatte in den letzten Jahren Hugo Stinnes große Wälder für Grubenholzeinschläge sowie braunkohlenhaltige Ländereien angekauft. In Niesky bildete sich die Braunkohlengesellschaft „Freya", welche später von der „Eintracht" erworben wurde, die nun in der preußischen Lausitz über den bedeutendsten Braunkohlenbesitz verfügt. Hauptaktionär der „Eintracht" ist der bekannte Kohlengroßhändler Ignaz Petscheck in Aussig. Der Besitz von Stinnes in den Kreisen Rothenburg und Hoyerswerda umfaßt über 6000 Hektar, darunter das Rittergut Weißkollm, den Sommeraufenthalt der Familie des Industriemagnaten, der übrigens von seinen in der Gegend von Bernsdorf liegenden Gütern einen beträchtlichen Teil zu einem für die heutigen Verhältnisse mäßigen Preise zu Siedlungen hergegeben hat.

Tagung des Deutschnationalen Lehrerbundes.

* Der Deutschnationale Lehrerbund für Mittelschlesien hält am Sonntag, 3. Dezember, vormittags 11 Uhr, in der Aula des Matthiasgymnasiums in Breslau eine Versammlung ab. Als Redner sind gewonnen: Abgeordneter Lehrer Kickhöfel und Abgeordneter Studienrat Pflug. Das Thema lautet: „Die Zukunft unserer Erziehung und unserer Erzieher unter besonderer Berücksichtigung der Anwärterfrage."

Arbeitsnot in Deutschböhmen.

= Während die tschechischen Verbraucher die deutsche Währungsnot zu ihrem Vorteil ausnutzen, indem sie uns nach Möglichkeit auszukaufen suchen, werden andererseits die tschechischen Erzeuger von ihrer „Edelvaluta" ertrosselt. Wie einem Görlitzer Blatte aus Deutschböhmen geschrieben wird, ist die hochgetriebene Kronenwährung von vernichtender Wirkung auf die Industrie, weil sie den Absatz zu sehr erschwert. In Nordböhmen mußten bereits gegen 25 v. H. der Betriebe der Textilindustrie stillgelegt werden, und in ähnlich schwieriger Lage befinden sich die Maschinenindustrie und die Glasindustrie. Die Zahl der arbeitslosen Glasarbeiter im Haidaer Bezirk hat bereits die Höhe von 25 000 erreicht. 72 v. H. aller in diesem Industriezweige Beschäftigten sind arbeitslos, und die übrigen nur noch 1 bis 2 Tage in der Woche beschäftigt. Im Gebiete der Tschechoslowakei sind wöchentlich 200 bis 300 Zahlungseinstellungen zu verzeichnen.

[Von der Landkreisvereinigung im Regierungsbezirk Liegnitz.] Die Mitgliederversammlung der Landkreisvereinigung im Bezirk Liegnitz beschäftigte sich kürzlich in Görlitz mit der z. Zt. dem Reichstag vorliegenden Novelle zum Landessteuergesetz. Es wurde zwar anerkannt, daß die Reichsregierung sich bemühe, den Gemeinden und Gemeindeverbänden zu helfen, es mußte jedoch an der Hand des vorliegenden statistischen Materials mit Bedauern festgestellt werden, daß die Novelle ihren Zweck nicht erreichen und das kommunale Finanzwesen nicht auf eine gesunde Grundlage stellen kann. Sowohl die für die Gemeinden und Gemeindeverbände vorgesehenen Anteile an dem Ertrage der Reichssteuern, als auch die in Aussicht genommenen Überweisungen sind unzureichend. Neben einer Erhöhung dieser Anteile und Überweisungen muß vor allem verlangt werden, daß die selbständige Ausgestaltung und Veranlagung der den Gemeinden und Gemeindeverbänden verbleibenden Steuern ihnen überlassen und nicht durch Reglementierung und unzweckmäßige Musterordnungen beschränkt wird. Für die Landkreise ist von besonderer Bedeutung die alsbaldige Erschließung von Einnahmequellen, zur Deckung der ins Ungeheure steigenden Chausseeunterhaltungskosten. Das erlassene Automobilfahrzeugsteuergesetz ist hierfür ungeeignet, da die Steuersätze viel zu niedrig sind (für kleinere Personenwagen 100—200 Mk. je Pferdestärke und Jahr). Eine gesetzliche Grundlage für die Heranziehung der sonstigen Fahrzeuge ist überhaupt noch nicht geschaffen. Wenn nicht bald die Kreise die Möglichkeit erhalten, die Fahrzeuge zu den Kosten der Wegeunterhaltung heranzuziehen, so wird die schon jetzt übermäßig eingeschränkte Wegeunterhaltung vollends ins Stocken kommen und das Straßennetz seinem schnellen Verfall entgegengehen. Unverständlich erscheint es auch, wenn in der Novelle zwar den Gemeinden das Recht zur Erhebung von Getränkesteuern gegeben wird, gleichzeitig aber die Höchstsätze auf 10 Pfg. je Liter Bier, 50 Pfg. je Liter Wein, 2 Pfg. je Liter Mineralwasser festgesetzt werden. Derartige Höchstsätze stehen in gar keinem Verhältnis zu der jetzigen Preislage, wie überhaupt die gesetzliche Festlegung von Höchstsätzen angesichts der andauernden Schwankungen des Geldwertes zu unhaltbaren Verhältnissen führen muß.

Handelsteil.

Berliner Dollarkurs: 6100.

Berliner Börsenruhetag.

Devisen verrieten heute eine schwache Haltung, doch war das Geschäft sehr gering, weil man wegen der Unsicherheit, die wegen der Haltung der Sozialdemokratie hinsichtlich der Entwicklungsmöglichkeit des neuen Reichskabinetts besteht, sich allerseits sehr reserviert verhält. Dollarnoten, die heute früh über Newyorker Parität der Mark mit 6700 eingesetzt hatten, ließen mittags auf etwa 6100 nach. Amtlich notiert wurden: 1 Pfund Sterling 27 600, 1 schwedische Krone 1620, 1 dänische Krone 1230. Im freien Verkehr wurden Polnische Noten mit 40,50 und 100 österreich. Kronen mit 8,50 gesprochen. Der Effektenverkehr ruhte. Bei den Banken waren nur relativ wenig Aufträge eingelaufen. Verkaufsorders blieben stark in der Minderheit und waren hoch limitiert. Die Stimmung im Verkehr von Büro zu Büro blieb fest. Wie schon letzthin zu bemerken war, scheint der Effektenverkehr sich zurzeit von den Devisenschwankungen mehr emanzipieren zu wollen. Das Hauptinteresse war auf Montanpapiere gerichtet, unter denen besonders Harpener, Oberschlesische Eisenbahnbedarf, Rheinstahl und Riebeck als gesucht bezeichnet wurden. Bei den Banken soll für Diskonto Kommandit, Deutsche Bank und Mitteldeutsche Kreditbank Kauflust bestehen.

Infolge des Beschlusses des Breslauer Börsenvorstandes fand auch in Breslau keine Börse statt.

Produktenbörse.

Breslau, 21. November. **Amtlicher Stimmungsbericht. Getreide:** (Erzeugerpreise) Tendenz: Bis auf Hafer matt. Preise für Gerste, Hafer und Roggen nominell. **Oelsaaten:** Ruhiger. Preise nominell. **Hülsenfrüchte:** Ruhig. **Raufutter:** Weiter fest. Stroh Erzeuger-, Heu Händlerpreise. **Mehl- und Mahlprodukte:** Matt.

Tägliche Amtliche Notierungen: für 50 Kilogramm

Getreide:	21.	20.	Oelsaaten:	21.	20.
Gerste. So.	10700—11200	11500—12000	Hanfsaat	—	—
„ Wint.	—	—	Leinsamen.	—	—
Hafer	11500 12000	11500—12000	Mohn, blau	35000—37000	40000—42000
Hirse	—	—	Raps Wint.	17000—19000	19000—20000
Roggen	9500—9700	10000—10200	Senfsamen	25.00—27000	25000—27000
Weizen	11800	12000			

Amtl. Notierung Dienstag und Freitag für 50 kg Hülsenfrüchte:

	21.	17		21.	17.
Vikt.-Erbs., gt.,	1000—13000	20000—27000	Pferdebohnen	—	—
kl. gelbe Erbsen	11000—14000	18000—20000	Wicken	—	—
Futter-Erbsen	—	—	Peluschken	—	—
weiße Bohnen	13000—15000	18000—20000	Lupinen gelb	15000—16000	15000—16000
Mangoonbohn.	—	—	dto. blau	—	—

Raufutter:	21.	17.		21.	17.
N.u.W.Drahtpreßst	5000	4000	geb.Gerst.u.Haf.-St.	4900	3900
N.-u.W.-Bdfpreßstr.	4950	3850	Rogg.-Str., Flegeld.	—	—
G.-u.H.-Drahtpreßstr.	5000	4000	Rogg.-Str., Dreidr.	—	—
G.-u.H.-Bdfpreßstr.	4950	3950	Heu, gesund, trock.	3500	2500
geb.Weiz.-u.R.-Str.	4900	3900	Heu, gut, ges., trocken	3500	2800

Amtl. Notierung Dienstag u. Freitag für 100 kg Mühlenerzeugnisse:

	21.	17.		21.	17.
Weizenmehl	38000—38000	38000—41000	Auszugmehl	38000—40000	40000—48000
Roggenmehl	30000—33000	33000—36000			

Nichtamtlicher Bericht. Die heutige Produktenbörse verlief in ausgesprochen sehr ruhiger Stimmung und sehr schwacher Unternehmungslust. Das Angebot blieb wieder recht mäßig. Weizen und Roggen bei geringer Zufuhr sehr ruhig. Gerste matt. Hafer ruhig. Hirse fest. Ölsaaten fast ohne Zufuhren, geschäftslos. Senfsamen fast ohne Umsatz. Mohnsamen gesucht. Hanfsamen fehlte jedes Angebot. Leinsamen in feiner Saat fehlend und weit über Notiz bezahlt. Raps ruhiger. Hülsenfrüchte, wie Erbsen, Bohnen, Wicken, Pferdebohnen, schwach angeboten, ruhiger und gesucht. Lupinen beider Farben fehlen. Am Kleesaatenmarkt blieb das Angebot sehr klein, neue Saaten fehlen fast gänzlich. Rotklee, Weißklee, Schwedischklee, ebenso Gelbklee wenig Geschäft. Grassamen gesucht, ebenso Luzerne. Mais ruhig. Futtermittel still, auch für spätere Lieferung. Heu knapp angeboten bei hohen Forderungen. Stroh sehr fest und ohne Angebot. Kartoffeln reichlich zugeführt, ruhig. Mahlprodukte wenig Kauflust und niedriger.

New-York, 20. November. **Produktenbörse. Baumwolle.** Tageszufuhren 29000. Ausfuhr nach Großbritannien 4000. Ausfuhr nach d. Kontinent 8000.

	20.	18		20	18.		20.	18.
Baumwolle			**Petroleum**			**Weiz.** roter	139,50	140
Newyork loko	25,20	25,70	Refined	17 00	17 00	harter	139,50	140
New-Orleans lok	25.00	25 25	Newyork	13 75	13,75	**Mehl**	5,75—6,25	5,7 —5,25
Newyork Nov.	25.05	25.45	Cred Balances	3.00	3.00	**Kaffee** loko	$10^{11}/_{16}$	$10^{15}/_{16}$
Dez.	24 80	25 60	**Schmalz**	12.35	12.35	Dez.	9,70	9.79
Jan	24,95	25,50	Talg, spezial	8¼	8.50	März	9,43	9 51
Feb.	24,89	25 47	Zucker Centr.	5,65	5,53	Mai	9,26	9,29

w. Bremen, 20. November. American fully middling good coleur and starke loko 4048 per 1 Kilo.

— Die Einziehung der Radebeuler Guß- und Emaillewerke-Aktien an der Berliner Börse steht bevor.

L. **Hamburger Kolonialmarkt.** Der Kaffeemarkt bekundete in der letzten Berichtswoche ein recht belebtes Bild. Unter dem Einfluß der Valutabesserung ist derjenige Teil der Konsumenten, der sich bisher noch zurückgehalten hatte, aus seiner Reserve hervorgetreten und schritt zu einer ziemlich umfangreichen Eindeckung seines laufenden Bedarfs. Da außerdem der Goldzoll wieder erhöht wurde, benutzte man die Tage vor dem Inkrafttreten des neuen Goldzollaufgeldes zu beträchtlichen Deckungskäufen. Im Gegensatz zu dem lebhaften Loko- und Inlandsgeschäft blieb der Verkehr mit den Erzeugungsländern aufs engste begrenzt. Soweit einige Abschlüsse zustande kamen, handelte es sich durchweg um kleinere Partien, die zu unveränderten Preisen von Brasilien angeboten wurden. Santos superior auf Abladung 70½ Schilling cif Hamburg, Santos goods 69 Schilling, Santos extra 71 Schilling, Primes 71¾ Schilling und Extra Primes 73½ Schilling. Auf dem Lokomarkt stellte sich Santos superior auf 71 Schilling, was einem Preise von etwa 1065 M für das Pfund unverzollt entspricht. Interesse zeigte sich ferner für zentralamerikanische Kaffees, von denen die gewaschenen Sorten mit 17—22 Dollar gehandelt wurden. — Auf dem Kakaomarkt war das Lokogeschäft zeitweilig etwas lebhafter. Das Inland bekundete in erster Reihe ein hohes Interesse für Kakaopulver. Bei kleinem Angebot stellte sich der Marktpreis für prompte Ware auf 1400 M das Kilo. Von den Erzeugungsländern wurde in erster Linie Bahia superior Dezember-Januar-Abladung mit 44½ Schilling angeboten. Von England lagen feste Angebote in Accra fair fermented zu 41½ Schilling vor, während der Hamburger Platz diese Sorte zu wesentlich billigeren Preisen abgab. — Der Reismarkt eröffnete in sehr ruhiger Haltung, indes machte sich im Verlaufe der Woche eine wesentliche Zunahme der Geschäftstätigkeit geltend, da namentlich das Inland später größere Ansprüche an den Lokomarkt stellte. Die starke Zurückhaltung des Konsums in den letzten Wochen macht allmählich eine Auffüllung der Läger erforderlich. Im Vordergrunde des Interesses standen die indischen Reissorten. Burmah-Reis 14¾ Schilling, Burmah-Reis neuer Ernte Februar-März-Andienung 13¾ Schilling. Ebenso kaufte das Inland wieder in größerem Umfange Bruchreis und Brauerei-Reisgrieß. Das europäische Ausland, das bisher bedeutende Käufe am Hamburger Lokomarkt tätigte, hat sich fast gänzlich vom Markte zurückgezogen, da der augenblickliche Stand der Valuta dem Auslande für Käufe in Deutschland keinen Anreiz zu bieten scheint. Die Märkte der Produktionsländer waren durchweg auf einen festen Ton gestimmt, so daß nur wenig Abladungsware gekauft wurde. — Der Gewürzmarkt verkehrte in recht fester Haltung. Selbst an den Tagen der rückläufigen Devisen konnten sich die Preise behaupten, da bei den knappen Lokovorräten und den mangelnden Anläufen von der See nur ein ganz geringes Angebot an den Markt kam, das zumeist schlanke Aufnahme fand. Das Bedarfsgeschäft des Inlandes war an sich recht minimal. Es notierte für je 1 Kilo: Schwarzer Pfeffer 1900 M, weißer Pfeffer 2800 M, Piment 1250 M, Nellen 6500 M, Macisnüsse 3800—4800 M je nach Größe.

O.W. **Vom Newyorker Kaffeemarkt.** Der Markt nahm einen verhältnismäßig ruhigen Verlauf. Die Preise waren nur geringfügigen Schwankungen unterworfen, so daß sich die Notierungen der Vorwoche annähernd behaupten konnten. Gegen Wochenschluß war eine Steigerung der Notierungen auf anziehende Berichte von den Erzeugungsmärkten und auf Deckungskäufe zu verzeichnen. Bei Schluß erfolgte jedoch eine abermalige Abschwächung auf umfangreichere Liquidationen. Der Markt schloß behauptet zu nachstehenden Notierungen: Kaffee loko $10^{11}/_{16}$, per Dezember 9,76, per März 9,46, per Mai 9,25, per Juli 8,95, per September 8,58.

w. **Kristiania,** 20. November. Sichtwechsel auf London 24,40, Hamburg 0,08, Paris 38, Newyork 545, Amsterdam 214,50, Zürich 101, Helsingfors 14, Antwerpen 56, Stockholm 146, Kopenhagen 110, Prag 17,60.

Bunte Chronik.

WTB. Als Einleitung der Aktion **„Schrifttum in Not"** fand im Berliner Ufa-Palast unter Protektorat der Reichsregierung die Aufführung des Ufafilms „Phantom", nach dem Roman von Gerhart Hauptmann, vor einem festlich gekleideten, alle Ränge füllenden Publikum statt. Schriftsteller Alfred Kerr hielt die einleitende Ansprache, die ebenso wie die Begrüßungsansprache des Leiters der Filmprüfungsstelle, Geheimrats Bulcke, der sich als Vertreter der Reichsregierung an die Zuhörer wandte, mit lebhaftem Beifalle aufgenommen wurde. Der sehr eindrucksvolle Film, in ausgezeichneter Weise vorgeführt, fesselte das Interesse der Zuschauer ungeschwächt bis zum Ende der Vorstellung. Der Aufführung schloß sich ein Promenadenkonzert an.

r. Mit eigenartigen Mitteln wollen die Theaterarbeiter Süd- und Westdeutschlands der unbeitreitbaren Not der Theater abhelfen. Sie verlangten auf einer kürzlichen Tagung in Heidelberg, daß die Betriebsräte bei den einzelnen Theatern größere Rechte bekommen sollen, und wandten sich entrüstet gegen jeden Versuch, den Achtstundentag zu beseitigen. Mit anderen Worten: die Theaterarbeiter sperren sich gegen die einzigen Mittel, durch die eine wirkliche Besserung der Theaterverhältnisse erzielt werden könnte: Mehrarbeit und Aufhören des Dreinredens Unbefugter in den Betrieb. Das heißen diese Herrschaften dann, der Not der Theater abhelfen! Man braucht sich unter diesen Umständen nicht zu wundern, wenn angesichts solcher heillosen Verblendung verschiedene Theater, wie z. B. jetzt Barmen-Elberfeld, ihre Pforten ganz schließen. Die Theaterarbeiter werden später Zeit genug bekommen, um über die Zweckmäßigkeit ihrer Forderungen nachzudenken.

b. Aus Frankfurt a. Main wird uns geschrieben: Wer Frankfurt kennt, der kennt auch seinen **Palmengarten.** Diese „Perle unter allen europäischen Gärten", der Lieblingsaufenthalt der Frankfurter, sieht sich vor die Notwendigkeit der Schließung gestellt, weil man das Geld für die Heizung der Palmen- und Pflanzenhäuser nicht mehr aufbringen kann. Die Aufgabe des Palmengartens, der in rastloser fünfzigjähriger Arbeit sich einen Weltruf erwarb, bedeutete für Frankfurt einen unersetzlichen Verlust. Der Palmengarten wurde vor fünfzig Jahren geschaffen und zwar waren es die berühmten Wintergärten des Herzogs Adolf von Nassau, die (von Frankfurter Bürgern um 60000 Gulden bei der Auflösung der herzoglichen Hofhaltung in Biebrich gekauft), zu dem heutigen Pflanzenreichtum den Grundstock legten. In den Sommermonaten, bevor der katastrophale Marksturz eintrat, besserte sich die schlechte finanzielle Lage des Palmengartens durch den Fremdenbesuch, der sich bei günstiger Witterung auf 2000—2500 Personen beziffterte. Die Einnahmen beliefen sich täglich auf 35000—40000 Mark, bei einem Eintrittspreis von 25 Mk. für Reichsdeutsche und Deutsch-Oesterreicher und 100 Mk. für Ausländer, aber was bedeuten diese Einnahmen, die ja mit Eintritt der schlechten Witterung und Abflauen des Fremdenverkehrs fühlbar zurückgingen, gegenüber den von Tag zu Tag steigenden Ausgaben? Für die Heizung der Gewächshäuser, die in Friedenszeiten eine Summe von 35- bis 40000 Mk. erforderte, sind allein 10 Millionen angesetzt, die bei dem neuerlichen Anziehen der Kohlenpreise kaum reichen werden. Die letzte Generalversammlung brachte die wenig erfreuliche Tatsache, daß die Abschlußrechnung ein Defizit von 235000 Mk. aufwies, sodaß über die Hälfte des Aktienkapitals zur Deckung verwendet werden mußte. In Erkenntnis der großen Notlage hat die Stadt ihren bisherigen Zuschuß von 80000 Mk. auf 150000 Mk. erhöht, ebenso hat das Landwirtschaftsministerium dem Palmengarten eine Zuwendung gemacht, aber es langt nicht, seitdem der Dollar um 7000 steht. Die paar Hunderttausende sind wie ein Tropfen auf heißen Stein; und wenn Hilfe gebracht werden soll, müssen es Millionen sein. Wenn nicht über Nacht ein Wunder geschieht, wird das drohende Unheil schwer abzuwenden sein.

ck. Die 350 neuen Mitglieder, die demnächst im **englischen Unterhaus** ihren Einzug halten werden, sind zum nicht geringen Teil Neulinge, und es werden ihnen daher in einem englischen Blatt einige der wichtigsten Gebote und Verbote vorgehalten, die sie berücksichtigen müssen: „Man vergesse nicht, sich vor dem Präsidenten zu verbeugen, wenn man das Haus betritt oder verläßt. Man nenne niemals ein anderes Mitglied in einer Rede mit seinem Namen, sondern der Kollege muß immer als „das ehrenwerte Mitglied von soundso", wobei der Wahlkreis zu nennen ist, bezeichnet werden. Man darf keine Stöcke oder größere Kästen in das Haus mitbringen. Man soll im Sitzungssaal niemals Zeitungen oder Zeitschriften lesen. Im Sitzungssaal und den angrenzenden Räumen darf nicht geraucht werden. Man lege sich niemals der Länge nach auf eine der Bänke, selbst nicht während einer Nachtsitzung. Eine gewisse Bescheidenheit erfreut das Haus, besonders bei Jungfernreden, und dasjenige neue Mitglied, das sich den althergebrachten Formen nicht fügt, wird keine erfolgreiche parlamentarische Laufbahn machen." Man sieht also, daß die Engländer in ihrem Parlament noch auf „guten Ton" halten, den sich so manche andere Volksvertretung zum Muster nehmen könnte.

Hochschulnachrichten.

Frankfurt. Dem Privatdozenten für Geburtshilfe und Gynäkologie an der hies. Universität Dr. med. Marcel Traugott ist die Dienstbezeichnung „außerordentlicher Professor" verliehen worden.

Mitteilungen des öffentlichen Wetterdienstes.

21. Nov.	Temperatur heute früh	Max. seit 24 Std.	Min. seit 24 Std.	Wind	Niederschl.	Wetter	21. Nov.	Temperatur heute früh	Max. seit 24 Std.	Min. seit 24 Std.	Wind	Niederschl.	Wetter
Rosenthal	—0,6	1,3	—0,6	NW 2	1.4	heiter	Schreiberhau	—3	—1	—3	Nz	16	Schnee
Barchen OS.	—1	0	—3	N 8	7	wolkig	Görlitz	0	5	0	W 1	—	halbbed.
Mauschwardt	—	—	—	—		—	Grünberg	—2	2	—2	W 2	7	halbbed.
Friedland	—2	1	—2	N 4	1.5	wolkig							

Wasserstandsnachrichten.

	19	20.	21.			19.	20	21	
Ratibor	1,96	1,42	1,75	1,59	Breslau OP.	5,02	5.16	5,26	5,07
Cosel	0,98	1,08	0,96	1,00	Breslau UP.	—0,96	—0,90	—0,72	0,95
Krappitz	2 34	2,42	2,88	2,2.	Ransern OP.	4.54	4.56	4,60	5,20
Neisse	—0,30	—0,34	—	—	Ransern UP.	2,96	3,3	3,54	3 40
„ Md. OP	3,80	3,82	3,8	3.81	Dyhernfurth	2,21	2 34	2,61	2,41
„ Md. UP	1,86	1,80	2,00	1,91	Steinau	+1,78	+1,85	—	1,78
Brieg OP.	4,70	4,84	4,76	4,76	Tschicherzig	+1,65	—	—	1,50
„ Mastenkrug	2,70	3,00	2,8	2,74	Fürstenberg	+1,07	—	—	1,14
Treschen	1,30	1,45	1,64	1,37	Temp. d. Oder 7 Uhr morg. + 2,6				

Auseuerungshöhe für die Oder Ohle- und Schwarzwasser-Niederung Treschen 2,6

Wetternachrichten.

Das westliche Hochdruckgebiet breitet sich sehr energisch nach Osten hin aus. Die hohe Temperatur auf seiner Nordseite dürfte jedoch die Ausbildung von Teilausläufern einer tiefen, im hohen Norden ziehenden Depression begünstigen, so daß es fraglich ist, ob in den nächsten Tagen mit besserem Wetter zu rechnen ist. Am Mittwoch haben wir bei schwachem westlichen Winde veränderliches, am Tage milderes Wetter zu erwarten, während sich die Nachtkälte strichweise wiederholen.

Veränderliche Bewölkung, schwachwindig, strichweise Nachtfrost, am Tage milder.

Schauspielhaus.
Heute: „Ein Walzertraum."

In unser Handelsregister Abt. A ist heute bei der unter Nr. 13 eingetragenen Firma S. Heilborn, Oppeln folgendes eingetragen worden: Inhaberin der Firma ist jetzt die Kaufmannswitwe Elise Heilborn geb. Bornstein in Oppeln. Die Firma ist durch Erbgang auf Elise Heilborn als bereits Vorerbin des Nachlasses nach dem verstorbenen Josef Heilborn und auf die beiden minderjährigen Kinder Ernst und Walter Heilborn übergegangen.
Amtsgericht Oppeln, den 18. November 1922.

In unser Handelsregister A ist am 16. November 1922 unter Nr. 487 die offene Handelsgesellschaft Rudolf Nietz & Co. in Oberlangenbielau und als deren persönlich haftende Gesellschafter die Installateure Rudolf und Fritz Nietz, beide in Oberlangenbielau eingetragen worden. Die Gesellschaft hat am 1. Oktober 1922 begonnen. Zur Vertretung der Gesellschaft ist jeder Gesellschafter allein ermächtigt. **Amtsgericht Reichenbach i. Schl.**

In unser Handelsregister Abteilung A Nr. 227 ist heute die Firma **Kurt Heinrich, Grundstücks- und Hypothekenverkehr** mit dem Sitze Königszelt und als deren Inhaber der Agent Kurt Heinrich in Königszelt eingetragen worden. **Amtsgericht Freiburg i. Schl.,** den 11. November 1922.

Spiegel
Hand-Spiegel
Rasier-Spiegel
Ovale weiße Spiegel
Auto-Scheiben
Gebr. Wenzel
Oderstraße 4 | 1
Teleph.: Ring 743.

Verantwortlich für den politischen Teil: Otto Kretschmer; für den provinziellen und den weiteren Inhalt der Zeitung: Otto Herrmann, beide in Breslau. — Druck von Wilh. Gottl. Korn